

Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Staatskanzlei](#) › [Bayern in Berlin](#) › **Plenarsitzungen im Bundesrat**

Bundesratssitzungen

Mehr Klimaschutz und Ausbau Ganztagsförderung

28. Mai 2021



Staatsministerin Huml bei der 1005. Sitzung des Bundesrates

Die **Staatsregierung begrüßt** die rasch auf den Weg gebrachte **Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes** im Nachgang zum Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021. Die **vom Bundesrat im sogenannten 1. Durchgang behandelte Novelle** leistet durch die **Anhebung der nationalen Klimaziele zur Verminderung von Treibhausgasen** (Klimaneutralität 2045 statt 2050; bis 2030 Emissionsminderungen von 65 % statt 55 % im Vergleich zu 1990) sowie mittels des **Fahrplans zur Treibhausgasminderung ab dem Jahr 2031** einen **wichtigen Beitrag zur Generationengerechtigkeit** und stellt eine verfassungsmäßige Ausgestaltung des Klimaschutzgesetzes sicher.

Bayern unterstützt ebenfalls die **Schaffung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter**. Mit dem

Gesetzgebungsvorhaben wird der steigenden Nachfrage nach Schulkindbetreuung Rechnung getragen. Der **Betreuungsanspruch** soll ab dem **Schuljahr 2026 / 2027 zunächst stufenweise für Erstklässler eingeführt** werden und **ab 2029 für alle Grundschüler** gelten. Die Betreuung umfasst **8 Stunden je Werktag** bei max. 4 Wochen Ferienschließzeit. Der Bundesrat forderte allerdings in seiner Stellungnahme im Rahmen des 1. Durchgangs bei der Ausgestaltung des Betreuungsbedarfs noch mehr Spielraum für die Länder und sah u.a. im Bereich der Fördermittelvergabe noch Beratungsbedarf.



Staatsministerin Melanie Huml im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Armin Laschet

Abschließend billigte die Länderkammer das **Baulandmobilisierungsgesetz**, das die Kommunen bei der Baulandaktivierung unterstützen und zur Sicherung bezahlbaren Wohnens beitragen soll. Die **Staatsregierung unterstützte** das Gesetz, machte aber einige **Bedenken in einer Protokollerklärung** geltend.

Mit der ebenfalls **mit bayerischer Stimme** erfolgten **Billigung der Novelle des Verpackungsgesetzes** soll das achtlose Wegwerfen von Plastikabfall künftig durch Mindest-Rezyklatanteile und verbesserte Informationen des Verbrauchers reduziert werden. **Gastronomen und Einzelhändler** müssen beim Verkauf von Lebensmitteln und Getränken zum Sofortverzehr auch **Mehrwegalternativen** statt der bisher üblichen Einwegkunststoffverpackungen anbieten.

- [Zu den bayerischen Voten](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

